

8 Die Intrigen der USA zur Wahrung des Dollar-Wertes

Der Euro war dem US Dollar unversehens doch gefährlich geworden.

Teil 8 des Zyklus: „Motive, Hintergründe und Folgen der Zinswende in den USA“.

Als sich der Euro von seinem Absturz unmittelbar nach der Einführung (1999) wieder erholt hatte und zu einem nicht enden wollenden Höhenflug ansetzte, schien den US Währungsstrategen und dem Dollar ein unabwendbares Waterloo zu drohen⁴¹:

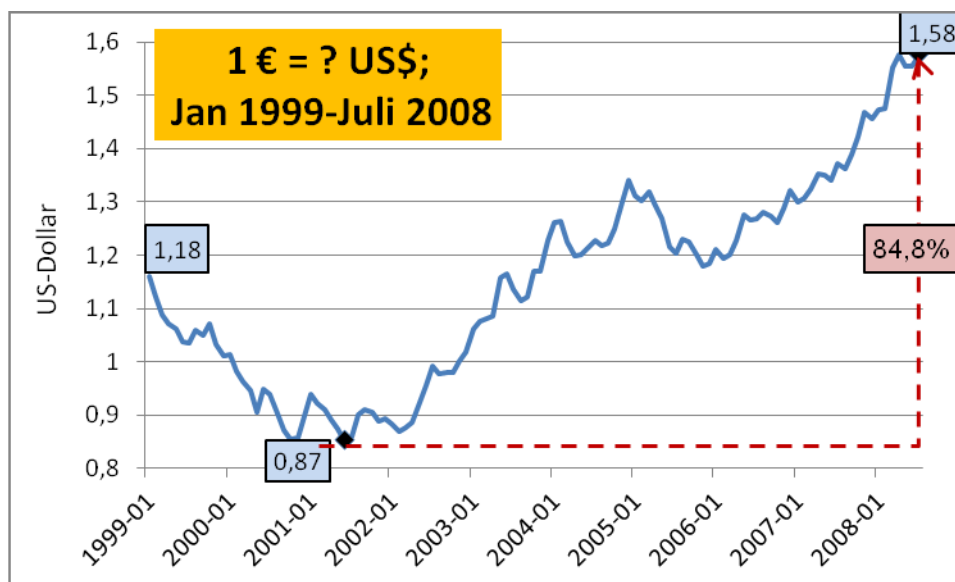


Abbildung 15: Der Euro wird dem Dollar gefährlich

Nach seinem Absturz auf 0,87 US Dollar in den ersten 3 Jahren stieg der Eurowert bis zum Juli 2008 um 84,8 Prozent auf 1,58 US Dollar. Damals prognostizierte die Deutsche Bank, daß der Euro einen Anteil an den Währungsreserven von 30 bis 40 Prozent erobern würde – natürlich auf Kosten des US Dollar⁴²! Der frühere Vorsitzende der US Notenbank, Alan Greenspan, hielt es sogar für möglich, daß der Euro den US-Dollar als Leitwährung ablösen könnte⁴³. Politik und US-Notenbank waren gefordert, dieses drohende Desaster abzuwenden. Da traf es sich gut, daß die von den USA angezettelte internationale Finanzkrise der ökonomischen Scheinblüte der Euro Länder gerade ein Ende bereitet hatte, wie wir oben auf Seite 13 (Scheinblüte) ausführlich dargelegt haben.

Jetzt stellte sich heraus, daß der Euro alle an der gemeinsamen Währung beteiligten Volkswirtschaften geschwächt hatte. Die „Nutznießer der ersten Stunde“ hatten sich so sehr verschuldet (Griechenland, Italien), daß sie keine zusätzlichen Schulden mehr aufnehmen konnten, andere (Irland, Spanien, Portugal) gerieten durch die jetzt notwendigen zusätzlichen Schulden in Zahlungsnöte. Ihnen allen drohte die Zahlungsunfähigkeit. Es hatte sich gezeigt, daß die gemeinsame Währung die Krisenbekämpfung nicht nur erschwerte, sondern wegen der vertraglich festgelegten Schuldenobergrenzen sogar unmöglich machte. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war offenkundig geworden, daß das Experiment einer gemeinsamen Währung gescheitert war: Den Euro-Ländern waren „die Hände gebunden“, die notwendigen Mittel der Geld- und Fiskalpolitik zur Krisenüber-

⁴¹ Zahlen aus Deutsche Bundesbank: Euro-Referenzkurs der EZB / 1 EUR = ... USD / Vereinigte Staaten, BBEX3.M.USD.EUR.BB.AC.A02_FLAGS (Monatskurse).

⁴² <https://de.wikipedia.org/wiki/Leitw%C3%A4hrung>;

⁴³ Wikipedia, ebenda.(

windung einzusetzen, die allen souveränen Staaten zur Verfügung stehen. Die Eurounion hatte sich den Scheiterhaufen selbst angerichtet, an dessen Eckpunkten die USA jetzt nur noch die Lunte anlegen mußten, ihn zu entzünden, um ihrer Währung die Vormachtstellung als einzige Weltwährung zu sichern. Und das taten die USA dann auch:

- Als im Herbst **2009** die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands immer näher gerückt war, beschlossen die **EU-Staats- und Regierungschefs** am 11.12.2009 auf ihrem Gipfeltreffen in Brüssel zunächst einmal jegliche **Hilfszahlungen an Griechenland kategorisch auszuschließen**⁴⁴. Im Februar 2010 bekräftigte Kanzlerin Merkel noch einmal ausdrücklich, daß die „No-Bail-Out-Klausel“ des Euro-Vertragswerks nicht ausgehebelt werden dürfe⁴⁵. Doch dann **intervenierte US-Präsident Obama**, und es kam ganz anders: Am 01.03.2010 erfuhr die Öffentlichkeit von einem Telefongespräch, an dem auch der britische Premier Brown (es war eine Videokonferenz) teilgenommen hatte. Ein Sprecher des US-Präsidenten präzisierte danach das Ergebnis und sagte, Obama sei jetzt überzeugt, daß die EU „*angemessen und effektiv*“ *auf die Krise reagieren werde*⁴⁶. Die Frage, wie ein US-Präsident sich anmaßen kann, sich in die internen Vorgänge von EU und EWU einzumischen und sie zu beeinflussen, wurde bis heute weder von den EU- und Europolitikern in Brüssel, noch von einem der Landespolitiker aus den etablierten Parteien, noch den europäischen Medien gestellt. Doch Obamas Eingreifen hatte Erfolg: Im Mai 2010 vereinbarten die EU und der IWF ein bilaterales Rettungspaket für Griechenland. Dem folgten später der außerordentliche Rettungsfonds „EFSF“ und endlich der permanente Rettungsfonds „ESM“. **Die Insolvenz und ein Ausscheiden** eines Landes aus dem Euro war vom Tisch und **zum kompletten Tabu erklärt** worden, womit auch der erneute **Werteverfall des Euro vorprogrammiert** war.
- Da aber die USA die Geldmenge und die Staatsverschuldung zum Zweck der Krisenüberwindung immer noch weiter erhöhen mußten, drohte dem Dollar im Herbst 2010 trotzdem ein weiterer Wertverlust. Unter der Überschrift „Amerikas Dollar im Niedergang“ berichtete die FAZ, daß die zunehmende Erwartung einer weiteren Lockerung der Geldpolitik durch die US-Notenbank den Dollar deutlich geschwächt habe⁴⁷. Nur wenn die bedeutenden Volkswirtschaften der übrigen Welt durch eine vergleichbare Geldvermehrungs- und Schuldensteigerung mitmachen, also auch abwerten würden, würde sich die Dollar-Abwertung in Grenzen halten. Die EZB aber (Notenbank des damals noch zweitgrößten Währungsgebietes nach den USA und noch vor China) dachte nicht im Traum daran, den Leitzinssatz von 1 Prozent weiter zu senken, sie plante sogar die bei Krisenausbruch (2008) vorgenommenen Liquiditätslockerungen wieder zurückzunehmen. Die USA mußten also einen anderen Weg finden, um den Dollar gegenüber dem Euro nicht weiter absinken zu lassen. Und sie fanden ihn in der direkten Einflußnahme auf die Entscheidungsträger der internationalen Institutionen und Regierungen der „Westlichen Wertegemeinschaft“.
- Da war zuerst der **Internationale Bankverband** (Institute of International Finance, IIF). Er ist eine Lobbyorganisation der internationalen Finanzindustrie, in der natürlich die US Groß- und Investmentbanken mit Abstand die bedeutendste Rolle spielen. Der IIF alarmierte die Welt mit der Befürchtung, daß ein Kollaps des US-Dollar die

⁴⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.12.2009 Seite 11.

⁴⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.02.2010 Seite 1.

⁴⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 01.03.2010 Seite 1

⁴⁷ Patrick Welter in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 04.10.2010 Seite 20.

Weltwirtschaft⁴⁸ in eine neuerliche Krise stürzen würde, was unter allen Umständen vermieden werden müsse. Man ersann das Schlagwort der **globalen Ungleichgewichte**, die von jenen Volkswirtschaften verursacht würden, die durch ihre hohen Exportüberschüsse die anderen Volkswirtschaften schädigen. Das waren und sind in erster Linie Deutschland, China und Japan.

- Ihren ersten Angriff starteten die USA bei dem Treffen der Finanzminister der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G 20) am 22. Oktober 2010⁴⁹. Dort forderte US-Finanzminister Timothy Geithner für alle Länder eine weltweite Obergrenze für Leistungsbilanzüberschüsse von vier Prozent des BIP festzulegen, deren **Einhaltung der IWF kontrollieren** sollte. Der Vorschlag wurde damals noch mehrheitlich abgelehnt. Die treffende **Begründung des russischen Finanzministers** lautete damals, daß die **USA nur ihre eigenen strukturellen Probleme an die Überschußländer weiterreichen** wolle.
- Ein Jahr später, bei einem zweiten Anlauf eine derartige Obergrenze einzuführen, wurde Geithner aber nicht mehr abgeblitzt: Im September 2011 hatte ihn Polen, das gerade den EU-Ratsvorsitz inne hatte, zu einem Treffen der EU-Finanzminister in Breslau eingeladen⁵⁰. Polen ist „Nichteuro-Land“ das nicht einmal im Traum daran denkt, den Euro zu einzuführen! Geithner bewirkte, daß gegen ein EU-Land, dessen Leistungsbilanzüberschüsse 3 Jahre lang 6 Prozent des BIP übersteigen, ein Strafverfahren eingeleitet werden kann⁵¹. Ein US-Finanzminister hat diese Sanktionierung dem EU-Rat „in die Feder diktiert“! Die Medien haben das zwar berichtet, nicht aber die Tatsache selbst, daß diese Einmischung in die inneren Angelegenheiten der EU eigentlich ein Skandal ist.
- Von Bedeutung bei den Bemühungen der USA ist insbesondere die **Rolle des IWF**. Finanzminister Geithner hatte ihm das Kontrollrecht zur Einhaltung der Leistungsbilanzobergrenzen zugebracht. Dazu muß man wissen, daß auch der IWF von den USA gemeinsam mit dem Bretton Woods Abkommen (1944 – 1945) aus der Taufe gehoben wurde. Der IWF ist zwar formal eine Institution der Vereinten Nationen (UN), aber mit seinem Sitz in Washington wurde er von Anfang an eindeutig von den USA beherrscht. Sie hatten sich in der Satzung die Sperrminorität gesichert, wonach alle Beschlüsse im IWF mit einer Mehrheit von 85 % getroffen werden müssen. Mit 16,75 Prozent besitzen die USA den größten Kapitalanteil, (die nächstgrößten Anteilseigner sind Japan mit 6,23 Prozent und Deutschland mit 5,81 Prozent). So darf es nicht verwundern, daß der IWF bereits im Dezember 2003 vor einer starken Abwertung des US Dollar warnte, als dieser auf 1 Euro = 1,24 Dollar gefallen⁵² war. Wie stark der IWF als verlängerter Arm der USA deren-Interessen wahrnimmt, schildert auch Dirk Müller in seinem Buch „Showdown, der Kampf um Europa und unser Geld“. Er zitiert zwei Stellungnahmen des IWF vom Juni 2012, die sich gegenseitig ausschließen: Von Spanien verlangte er verstärkte Sparanstrengungen zur Krisenüberwindung, während er die USA vor einem Spar-Wahn warnte, weil sie damit die Bemühungen um die Krisenüberwindung gefährden würden⁵³.

⁴⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 05.10.2010 Seite 11

⁴⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.10.2010 Seite 1.

⁵⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.09.2011 Seite 13.

⁵¹ Mitteilung des BFM vom 22.12.2011, Seite 5.

⁵² Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.12.2003, Seite 12.

⁵³ Dirk Müller, Knauer Verlag 2014, Seite 188.

- Die Interventionen der USA, den Euro zu schwächen, gingen aber noch weiter: Eine maßgebliche Rolle spielte dabei die EZB in Person ihres Präsidenten Mario Draghi. Er war von 2002 bis 2005 Vizepräsident bei der US-Bank Goldman Sachs, danach bis 2011 Präsident der Italienischen Nationalbank, bis er am 10.11.2011 Präsident der EZB wurde. Acht Monate danach verkündete er, daß die EZB alles tun werde, um den Euro zu retten, "koste es was es wolle". Das sagte er eigenmächtig, ohne Wissen der anderen EZB Direktoriumsmitglieder⁵⁴. „Koste es was es wolle“ heißt: soviel und so lange Staatsanleihen aufkaufen, bis die Kurse der Anleihen steigen (die Zinsen sinken), in der Hoffnung, daß die steigende Geldmenge die Konjunktur ankurbeln würde. Diese Geldpolitik hatte Geithner, der US Finanzminister, schon geraume Zeit erwartet, denn er hatte Draghi zuvor massiv bedrängt, diesen Schritt zu tun. Das hat er drei Jahre später (2015) in seinen Memoiren offen zugegeben⁵⁵. Unmittelbar nach Draghis „Outing“ meldete er sich kurzfristig bei Finanzminister Schäuble zu einer Stippvisite an, der gerade einen Erholungsurlaub in Sylt verbrachte. Einziger Zweck dieser Selbsteinladung war, den deutschen Finanzminister auf die Draghi-Linie einzuschwören. Schäuble und auch Kanzlerin Merkel muckten in keiner Weise auf, sie waren von dem Draghi-Coup überrumpelt und ausgespielt worden.
- Wieder waren die Kanzlerin und ihr Minister (wie schon im Frühjahr 2010) eingeknickt. Wer fühlt sich da nicht an die Marionetten vom Schlage eines Walter Ulbricht und Erich Honecker und die anderen Vasallen der Sowjetunion erinnert? Die USA machen es nicht anders, nur auf eine etwas feinere Art. Jedenfalls zeigten sie sich bestens informiert über die inneren Gegensätze und Rankeleien der EU-Nomenklatura und nützten sie für ihre Zwecke aus. Die Welt weiß heute, welche informationstechnischen Möglichkeiten sie dazu schamlos ausnutzten.
- Mit dem US-Dollar ging es seitdem stetig bergauf, wie die nächste Graphik veranschaulicht, in der diesmal die Wertentwicklung nicht aus Sicht des abwertenden Euro, sondern aus Sicht des aufwertenden US-Dollar gezeigt wird.

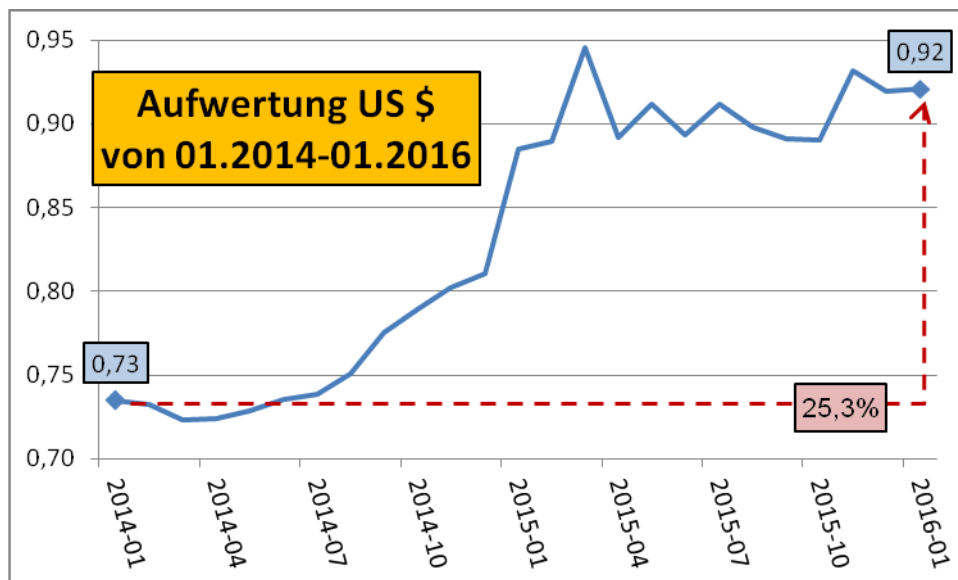


Abbildung 16: Aufwertung des US-Dollar seit Januar 2014

Im Vergleich zum Euro hat der US-Dollar in den letzten zwei Jahren um 25,3 Prozent aufgewertet. Alle Euro-Produkte sind für Amerikaner dadurch um 25,3 Prozent billiger

⁵⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 02.08.2012 Seite 3.

⁵⁵,Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.05.14, Seite 16. [Quelle](#)

geworden; und nicht nur für die Amerikaner, sondern für alle, die im internationalen Geschäftsverkehr mit US-Dollar bezahlen. Das gilt z.B. auch für China, das mit seinen Exporten in die USA US-Dollar im großen Stil angesammelt hat. Von Bedeutung ist dabei insbesondere der Kauf von Unternehmen – vor allem in Deutschland – mittels US-Dollars. Doch nicht nur Unternehmen werden heute wieder in einer zweiten Welle (nach der Euro-Einführung 1999) haufenweise in Deutschland aufgekauft. Die sog. Investoren kaufen alles, was für sie billig ist und Profite bringt. Neben Unternehmen gehören dazu Wohn-, Industrie- und Verwaltungsimmobilien, Boden mit Agrarflächen, aber auch der begehrte (nicht beliebig vermehrbare) Rohstoff Holz. Die Naturschutzverbände beklagen den rücksichtslosen Einschlag der Holzbestände in Deutschland durch die Eigentümer, wozu auch die staatlichen Forste zählen. Die Eigentümer tun das der Rendite wegen. Die kommt von der hohen Nachfrage aus dem Ausland. Der Euro macht die Holzpreise für sie so billig. All diese Probleme gäbe es nicht, wenn Deutschland noch die eigene Währung hätte. Die Preise wären dann für ausländische Käufer rund doppelt so hoch. Fassen wir unsere Erkenntnisse zusammen:

Die US-Politik hat ihr Ziel erreicht und den US-Dollar zum Nutzen des Finanzkapitals gestärkt. England, die bislang immer noch zweitstärkste Finanzmacht, die ein ähnlich hohes und seit 1948 fortdauerndes Handelsbilanzdefizit aufweist, weil sie die Industrieproduktion ebenso wie die USA zurückgefahren und den Finanzsektor dafür gestärkt hat, profitierte in vergleichbarer Weise vom Niedergang des Euro. Die englische Politik hatte den Beitritt zum Euro von Anfang an mit Wohlbedacht abgelehnt, und das hat sich für das englische Finanzkapital gelohnt. Nach der Einführung des Euro konnte sich das Finanzkapital beider Länder massenhaft insbesondere deutsche Unternehmungen aneignen, die für sie solange unerschwinglich gewesen waren, solange die Deutschen noch die DM hatten. Die feindliche Übernahme der Mannesmann-AG durch Vodafone war sicherlich eine der größten und spektakulärsten Aktionen der Aufkauforgien nach 1999. Nun, da die EZB und ihr Präsident Draghi die Geldschwemme losgetreten haben, rollt eine neue Aufkaufwelle auf Deutschland zu.

Der nachfolgende Teil 9 des Zyklus: „Motive, Hintergründe und Folgen der Zinswende in den USA“ vermittelt einen Überblick über das Ausmaß der neuerlichen Aufkaufwelle, die Deutschland seit 2014 überrollt.